

KOMMENTAR

Ruth Dreifuss' Vabanquespiel

■ VON ROGER DE WECK

In der Sache hat Ruth Dreifuss völlig recht: Die vom Bundesrat jüngst vorgeschlagenen Einsparungen bei der AHV würden allzu viele Rentnerinnen und Rentner allzu hart treffen. Doch stellen sich sofort zwei Fragen.

Erstens: Gibt es für den finanziell überforderten Staat Möglichkeiten, auch bei der AHV auf eine sozial verträgliche Art und Weise zu sparen? Einer umfassenden Grundsatzdebatte über die künftige Gestaltung unseres Rentensystems – bis hin zu einem eventuellen Systemwechsel – ist Sozialministerin Dreifuss bisher weitgehend ausgewichen. Das passt schlecht zu ihrem Anspruch, eine Reformerin zu sein. Ihre Haltung widerspiegelt eine Schwäche der Sozialdemokratie, die aus lauter (und teils durchaus berechtigter) Angst vor Abbau jeden wesentlichen Umbau des Sozialstaats fürchtet. Dieser Umbau aber wird früher oder später unweigerlich kommen, und das Ergebnis wird um so vernünftiger sein, als führende Sozialdemokraten den Wandel offensiv angehen, statt in der Defensive zu verharren.

Zweitens: Wohin führt es, wenn ein Mitglied der Landesregierung wiederholt seine sechs Kollegen desavouiert und von Entscheiden des Bundesrats nachträglich abrückt? Es wäre ebenso billig wie naiv, Ruth Dreifuss eines mangelnden Stilempfindens zu zeihen: Ihre umstrittenen Äusserungen vor dem Kongress «ihres» Schweizerischen Gewerkschaftsbundes am Samstag in Montreux erscheinen als bewusster und wohlüberlegter Stilbruch, zumal es nicht der erste war.

Die einzige Ministerin in einer Männerriege sieht sich wohl als eher einsame, oft in die Minderheit verwiesene Vertreterin der Schwächeren und namentlich der Frauen. Deshalb nimmt sie sich Freiheiten heraus, die das schon böss angeschlagene Prinzip der Kollegialität strapazieren. Die einen bewundern die Zivilcourage: Endlich eine Politikerin, die Klartext spricht. Die anderen werden Dreifuss' Vorgehen zu Recht als Vabanquespiel werten: Die Ministerin dürfte wissen, dass sie nun auf absehbare Zeit nicht zu sehr aus der Reihe tanzen darf, ohne ihre Wiederwahl als Bundesrätin – und mithin vermutlich auch die Beteiligung der Sozialdemokratischen Partei an der Regierung – etwas zu gefährden.

Bislang hat Bundesrätin Dreifuss recht gekonnt eine grenzgängerische Strategie der «Kollegialität mit Ausnahmen» verfolgt. Als Genferin scheint sie zu erahnen, «jusqu'ou on peut aller trop loin»: bis zu welchem Punkt man zu weit gehen darf. Der Punkt ist erreicht. Und sollten im bereits beginnenden Wahlkampf die übrigen (auch nicht durchwegs muster-gültigen) Bundesräte ihrem Beispiel gerne folgen, wird die Landesregierung als brüchiges «Kollegium» noch mehr Vertrauen einbüßen.